



**1990
YEAR
ONE**

THE DEMOCRATIC TRANSFORMATION
IN FORMER EASTERN BLOC
COUNTRIES

LEHRMATERIALIEN

WORKSHOPSZENARIO

*Transformationen in der DDR 1989/90
und der Weg zur Wiedervereinigung*

ZEITGESCHICHTLICHER ESSAY

Łukasz Kamiński, 1990 – das erste Jahr

Die vorliegende Publikation wurde erstellt im Rahmen des Projekts „1990 / Year One. The democratic transformation in former Eastern Bloc countries“. Dieses wird durchgeführt in Polen, Deutschland, der Tschechischen Republik und Litauen im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger – Europäisches Geschichtsbewusstsein“ und ist kofinanziert seitens der Europäischen Kommission. Projektleiter ist die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung.



Kofinanziert durch das
Programm „Europa für
Bürgerinnen und
Bürger“ der
Europäischen Union

REDAKTION UND KOORDINATION

Tomasz Skonieczny (Stiftung Kreisau)

ÜBERSETZUNG

Piotr Nowak, Thomas Behrens

SPRACHKORREKTUR

Thomas Behrens

TYPOGRAFISCHE BEARBEITUNG

Adam Kolenda



© by Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Dieses Lehrmaterial darf in unbearbeiteter Form (mit Quellenangabe) nur für pädagogische und nicht kommerzielle Zwecke heruntergeladen und ausgedruckt werden.

VORWORT

Das Jahr 1990 markierte einen Wendepunkt bei der Überwindung des kommunistischen Erbes und der Gestaltung der Demokratie in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In den meisten dieser Länder führte dies zu den ersten völlig freien Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen. 1990 kam es außerdem zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, was nicht nur für die Deutschen selbst Folgen hatte (und hat), sondern auch für deren östliche Nachbarn – die Polen, sowie die Tschechen und die Slowaken (die damals in einem Staat – der Tschechoslowakei – lebten), die ihre Beziehungen zum alten bzw. neuen Nachbarn neu aufbauen und Feindseligkeiten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs überwinden mussten. Und 1990 war ebenso der Beginn einer neuen Ära für die baltischen Staaten, wie z. B. Litauen, das als erster Staat dieser Region nach fünfzig Jahren der Unterordnung unter sowjetische Herrschaft seine Unabhängigkeit erklärt hat.

Um die Umstände des historischen Durchbruchs zu schildern, der den Zusammenbruch des kommunistischen Systems und den Beginn der großen politischen und wirtschaftlichen Transformation zur Folge hatte, welche die mitteleuropäischen Länder hin zu Demokratie und Marktwirtschaft führte, sowie um die Erinnerung an diese Ereignisse wieder aufleben zu lassen, ist diese Publikation erstellt worden.

Sie richtet sich an Lehrer für Geschichte und Staatsbürgerkunde sowie an alle, die sich für die jüngere Geschichte Europas interessieren. Der vorliegende Band beinhaltet einen zeitgeschichtlichen Essay, der die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa im Jahr 1990 aufzeigt, sowie ein Workshop-Szenario, das mit Blick auf Schüler der Sekundarstufe II vorbereitet wurde.

Der Essay, der sich an einen möglichst breiten Leserkreis richtet, bietet eine thematische Einführung in die Veränderungen, die damals in den Ländern des zerfallenden Ostblocks ihren Anfang nahmen. Das Workshop-Szenario dient dazu, die Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik zwischen 1989 und 1990 zu verdeutlichen, welche die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichten.

Wir hoffen, dass die in dieser Publikation vorgestellten Materialien die Möglichkeit bieten, nicht nur etwas über die Vorgeschichte jener Ereignisse zu erfahren, die sich für die Gesellschaften der Staaten des ehemaligen Ostblocks als Durchbruch erwiesen, sondern auch zu erkennen, dass das Jahr 1990 der Ursprung des Europa war, wie wir es heute kennen.

Diese Publikation richtet sich an deutsche Leser. Es wurden auch Parallelversionen für eine je polnische, tschechische und litauische Zielgruppe erstellt, die Unterrichtspläne enthalten, die eigens auf die Bedürfnisse jener jungen Menschen zugeschnitten sind, die Schulen in diesen Ländern besuchen.

* * *

Diese Publikation ist Teil des Projekts „1990 / Year One. The democratic transformation in former Eastern Bloc countries“, das darauf abzielt, die Veränderungen, die 1990 in Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei, Litauen und den anderen baltischen Staaten stattgefunden haben, zu verstehen und ins Bewusstsein zu rufen.

Das Projekt wird organisiert seitens der polnischen Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung (Polen) in Zusammenarbeit mit der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V. (Deutschland), mit Post Bellum (Tschechische Republik), mit dem Institut Paweł Włodkowic (Polen) sowie mit Anyksciu svietimo pagalbos tarnyba (Litauen), durchgeführt im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger – Europäisches Geschichtsbewusstsein“, und ist kofinanziert seitens der Europäischen Kommission.

ŁUKASZ KAMIŃSKI

1990 – DAS ERSTE JAHR

Unsere Erinnerung an den Zusammenbruch des Kommunismus wird von den Ereignissen des Jahres 1989 beherrscht. Wir erinnern uns an den Runden Tisch in Polen, an die Menschenkette im Baltikum, an den Fall der Berliner Mauer oder an die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei. Dabei spielten sich viele Schlüsselereignisse in dem darauffolgenden Jahr ab. Das Europa, wie wir es heute kennen, wurde eben 1990 geboren.

Es steht außer Frage, dass das Jahr 1989 einen Wendepunkt, eine Art Annus Mirabilis darstellte. Zugleich sollte man nicht vergessen, dass man sich über das Ausmaß der sich vollziehenden Veränderungen und deren Folgen nicht gleich im Klaren war. Am 18. November – seit dem Fall der Berliner Mauer war zu diesem Zeitpunkt nicht viel mehr als eine Woche vergangen – kam es zu einem informellen Treffen des Europäischen Rates. Die Regierungschefs der Staaten, die der Europäischen Gemeinschaft (dem Vorgänger der Europäischen Union) angehörten, bekundeten einerseits ihren Willen, die demokratischen Veränderungen im östlichen Teil des Kontinents zu unterstützen, andererseits bestätigten sie die Stabilität „der bestehenden Bündnisse und Grenzen“. Man ging offensichtlich davon aus, dass der Ostblock in irgendeiner reformierten Form fortbestünde. So dachten auch die Anführer der beiden Supermächte – George H. W. Bush und Michail Gorbatschow, die Anfang Dezember 1989 auf Malta zusammenkamen –, beispielsweise darüber nach, ob es nicht ein gutes Zeichen der Entspannung wäre, die Olympischen Spiele im Jahre 2004 durch die beiden deutschen Staaten gemeinsam austragen zu lassen.

GEHEIME UNTERLAGEN UND ERSTE WAHLEN

Anfang 1990 waren in der Deutschen Demokratischen Republik Gespräche am Runden Tisch zwischen den kommunistischen Machthabern und der Opposition im Gange. Zu den wichtigeren Themen gehörten dabei das Problem der allgewaltigen politischen Polizei – der Stasi – sowie die Frage, was mit den von ihr zusammengetragenen Unterlagen geschehen sollte. Am 15. Januar wurde das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin auf Aufforderung durch das Neue Forum – der Hauptorganisation der Opposition – von tausenden Menschen besetzt. Zusammen mit früheren Besetzungen von Stasi-Niederlassungen in anderen Städten führte dies letztlich dazu, dass die Akten den Bürgern zur Verfügung gestellt wurden. In anderen Staaten dauerte dieser Prozess wesentlich länger und war nicht frei von hitzigen Kontroversen. Die ersten Institutionen, die dafür zuständig

waren, Dokumente des kommunistischen Sicherheitsapparates bereitzustellen, entstanden erst gegen Ende des Jahrzehnts.

Ein paar Tage später wurde in Sofia der kurz zuvor gestürzte bulgarische Diktator Todor Schiwkow verhaftet. Es wurde ihm eine Vielzahl von Straftaten zur Last gelegt. Bald wurde aber die Haftstrafe in einen Hausarrest umgewandelt, und die mehrmals wieder aufgenommenen Verfahren endeten schließlich 1996 mit einem Freispruch. Der Fall Schiwkow steht für die Wechselfälle juristischer Aufarbeitungen des Kommunismus in der gesamten Region – entgegen den anfänglichen Hoffnungen auf Gerechtigkeit konnten die meisten kommunistischen Verbrecher ihrer Strafe entgehen, und die Parteiführer (mit Ausnahme des kurzzeitig an der Spitze der ostdeutschen SED stehenden Egon Krenz) kamen nie ins Gefängnis.

Unterdessen fanden aber in weiteren Staaten – nach vielen Jahrzehnten – erste freie Wahlen statt. Den Anfang machte am 18. März 1990 die DDR; schon eine Woche später folgte Ungarn. Am 20. Mai war dies dann auch in Rumänien der Fall, und am 8. und 9. Juni war es in der Tschechoslowakei soweit. Gleich am darauffolgenden Tag wurde schließlich in Bulgarien gewählt. Interessanterweise musste Polen, das Land, das die mitteleuropäischen Wendeprozesse in Gang gesetzt hatte, darauf bis zum Herbst 1991 warten (1990 fanden dort die Kommunal- und Präsidentschaftswahlen statt.).

Obwohl die Wahlkämpfe immer noch in einer Atmosphäre von Hoffnung und Aufbruch geführt wurden, gaben sie den aus dem Kommunismus hervorgehenden Gesellschaften bereits einen Vorgegeschmack auf die politischen Auseinandersetzungen, die diese in den nachfolgenden Jahren erwarten sollten. Die Wahlen selbst brachten auch die ersten Ernüchterungen mit sich, insbesondere in Bulgarien und Rumänien, wo sich die zuletzt regierenden Kommunisten an der Macht halten konnten. Die brutale Niederschlagung eines antikommunistischen Protestes in Bukarest durch die Polizei und eigens herbeigeholte Bergleute (am 14./15. Juni, die sog. Mineriade) zog sogar Todesopfer nach sich. Diese Ereignisse waren Vorboten heftiger gesellschaftlicher Konflikte, zu denen es während der schwierigen Phase der Transformation in vielen Staaten kommen sollte.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei gewannen zwei Gruppierungen, die in den turbulenten Novembertagen des Jahres 1989 entstanden waren – das tschechische Bürgerforum und die slowakische Öffentlichkeit gegen Gewalt. Trotz der unternommenen Versuche, den gemeinsamen Staat zu reformieren, mit dem Ziel, die Eigenständigkeit seiner beiden Bestandteile zu erhöhen, setzte bald der Prozess „einer samteneu Scheidung“ ein, der rasch verlief und am 1. Januar 1993 in den Gründungen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik seinen Abschluss fand.

SCHWIERIGE REFORMEN UND EUROPÄISCHE BESTREBUNGEN

Polen, das mit der Zeit die Siegestrophäe auf dem Feld der politischen Reformen abtreten musste, konnte Anfang 1990 seine Stellung als Spitzenreiter in Sachen wirtschaftliche Veränderungen festigen. Erreicht wurde dies mit einem Gesetzespaket, das gemeinhin als „Balcerowicz-Plan“ – nach dem Nachnamen des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten – bezeichnet wurde. Neben einer weiteren Marktanpassung der Wirtschaft und der Stabilisierung der Währung machte die Reform es u. a. möglich, dass Staatsunternehmen den Bankrott erklären konnten. Diese Veränderungen erlaubten es langfristig, die Wirtschaft zu sanieren, kurzfristig sah man jedoch vor allem die sozialen Kosten. Am sichtbarsten war dabei die Arbeitslosigkeit, die innerhalb eines Jahres von 0,3% auf 6,5% zunahm, nur um in den folgenden Jahren weiter anzusteigen. Das Bruttoinlandsprodukt sank erheblich, der Export im Rahmen des ehemaligen Ostblocks brach ein.

Ähnliche Phänomene traten im Lauf der ersten Hälfte der 1990er Jahre in kleinerem oder größerem Ausmaß in allen Ländern der Region auf. Der Preis für den Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur freien Marktwirtschaft wurde in der Hauptsache von den Gesellschaften gezahlt. Eine Chance, die Wirtschaft zu beleben, sah man u. a. in der Privatisierung, mit der am ehesten (im Januar 1990) in Ungarn begonnen wurde. Auch diese Entwicklung war, wie sich zeigte, nicht frei von Missbräuchen und Korruptionsfällen, so dass sich die – durch wirtschaftliche Schwierigkeiten verursachte – gesellschaftliche Frustration vertiefte.

„Rückkehr nach Europa“ – so lautete eine im Jahr 1990 beliebte Formulierung, die als Losung ausgegeben wurde. Ungeachtet der Kontroverse, ob der mittelöstliche Teil des Kontinents diesen jemals verlassen hatte, kam darin der Wunsch zum Ausdruck, sich dem seit Jahrzehnten andauernden Prozess der wirtschaftlichen und politischen Integration anzuschließen. Der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki war einer der ersten, der diese Forderung offen aussprach. Im Januar 1990 sagte er bei einer Sitzung des Europarates: „Rückkehr nach Europa‘ ist womöglich eine allzu schwache Bezeichnung [...]. Man muss vielmehr von einer ‘Wiedergeburt Europas‘ sprechen“. Zugleich wies er im Namen der gesamten Region darauf hin, dass „wir Europa [gar] nicht [so] wenig zu bieten haben. [...] Wir kennen den Preis für die Europäizität, für die europäische Norm, die die Bürger Europas gegenwärtig erben und dabei nicht einmal eine Erbschaftssteuer zahlen. [...] Wir bringen somit in das Europa unseren Glauben an Europa ein.“

Mit den offen bekundeten proeuropäischen Bestrebungen brach allmählich die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammen. Formal gesehen hörten sie Mitte 1991 auf zu existieren.

Der Weg zu einem geeinten Europa war aber nicht kurz. Die erste Gruppe von Ländern aus Ostmitteleuropa trat der Europäischen Union 2004 bei, die nächste folgte 2007. Weniger Zeit wurde gar benötigt, um die Mitgliedschaft in der NATO zu erreichen (Tschechien, Polen und Ungarn gelang dies bereits 1999). Der Prozess der europäischen Integration erforderte die Erfüllung vieler Voraussetzungen – von einer Marktanpassung der Wirtschaft und dem Aufbau einer funktionierenden Demokratie bis hin zu zahlreichen Rechtsreformen.

Wesentlich mehr Zeit nahm der Prozess in Anspruch, bei dem die über Jahrzehnte des Kommunismus geprägte Mentalität sich wandelte und eine Zivilgesellschaft aufgebaut wurde. In gewisser Weise ist diese Entwicklung bis heute noch nicht abgeschlossen.

DER WEG ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Am 11. März 1990 vollzog der Oberste Rat Litauens den Akt der Wiederherstellung des litauischen Staates und erklärte dabei die Erneuerung der – nach der Besetzung des Landes durch die Sowjetunion 1940 verlorenen – Unabhängigkeit. Anfang Mai entschied sich Lettland dazu, einen ähnlichen Schritt zu vollziehen, und im Januar 1991 tat dies auch Estland. Für die sowjetischen Machthaber waren diese Aktivitäten nicht hinnehmbar. Im Januar 1991 kam es somit zu einer Intervention, die mit einem Fiasko endete – in Vilnius kamen vierzehn Menschen ums Leben, in Riga waren sechs Opfer zu beklagen. In dem im März 1991 abgehaltenen Referendum bekräftigten die drei Nationen ihren dezidierten Wunsch, ihre Unabhängigkeit wiederzuerlangen.

Den fortschreitenden Zerfall der UdSSR suchten Putschisten aufzuhalten, die im August 1991 kurz die Macht in Moskau übernahmen. Paradoxerweise zeitigte ihr gescheitertes Unterfangen den ent-

gegengesetzten Effekt, indem es den Desintegrationsprozess beschleunigte. So erklärten u. a. Belarus und die Ukraine ihre Unabhängigkeit. Kurz darauf erkannten die Vereinigten Staaten von Amerika die Unabhängigkeit Litauens an. Den USA folgten weitere Staaten. Ende Dezember 1991 gab es die Sowjetunion nicht mehr. Außer typischen Problemen, die sich aus politischen und wirtschaftlichen Reformen ergaben, sahen sich die Baltischen Staaten, insbesondere Lettland und Estland, mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert – einer großen russischen Minderheit. Sie setzte sich aus der Bevölkerung zusammen, die während der knapp fünfzig Jahre dauernden Besatzungszeit eingewandert war.

Der Zerfall Jugoslawiens nahm einen wesentlich dramatischeren Verlauf als der Zusammenbruch der Sowjetunion. Obgleich das Land seine eigene Variante des Kommunismus aufbaute und seit 1948 nicht mehr zum sowjetischen Block gehörte, kam es dort in vergleichbarer Zeit zur Systemkrise. Verstärkt wurde diese durch Spannungen zwischen den Völkern, aus denen sich der Staat zusammengesetzt hatte, sowie durch Konflikte, die unterdrückt worden waren, solange das Regime stark war. Im Frühjahr 1990 siegten bei den Wahlen in Slowenien und in Kroatien neu ins Leben gerufene nichtkommunistische politische Parteien. Im Dezember sprach sich die entschiedene Mehrheit der Slowenen in einem Referendum dafür aus, die Unabhängigkeit auszurufen. Im Falle dieser beiden Staaten kam es dazu im Juni 1991. In Reaktion darauf griff die von den Serben kontrollierte jugoslawische Armee die beiden Republiken an. Damit begann ein mehrere Jahre andauernder, blutiger Konflikt. Neben Kroatien wurden besonders erbitterte Kämpfe in Bosnien und Herzegowina geführt. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien forderte nicht nur zahlreiche Opfer im Rahmen der Kampfhandlungen; er zeichnete sich auch durch viele Verbrechen an der Zivilbevölkerung aus.

DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG

In Deutschland schien noch in den ersten Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer der Weg zur deutschen Wiedervereinigung lang zu sein. Führende Politiker formulierten ihre Ansichten vorsichtig – aus Sorge, offen an den Tag gelegte Eile könnte negative Folgen für den Demokratisierungsprozess Ostmitteleuropas und die Erwärmung der Beziehungen zwischen Ost und West haben. Die Schnelligkeit der Umwälzungen in den einzelnen Staaten, der völlige Bedeutungsverlust der ostdeutschen Kommunisten und die Schwäche der Sowjetunion machten es aber möglich, den Prozess der Wiedervereinigung zu beschleunigen. Eindeutig war auch der Wille der Ostdeutschen selbst: Die um die CDU versammelte „Allianz für Deutschland“, die sich die „Wiedervereinigung“ auf die Fahnen schrieb, errang bei den Wahlen im März knapp die Hälfte der Stimmen.

Zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die auf der Basis der Besatzungszonen aus der Nachkriegszeit entstanden waren, bedurfte es allerdings der Zustimmung der vier Alliierten. Im Mai 1990 begannen die Verhandlungen im „Zwei-plus-Vier“-Format – auf der einen Seite die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland, auf der anderen die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion. Ihren Abschluss fanden diese mit einem im September unterzeichneten Vertrag. Deutschland erkannte darin u. a. die existierenden Grenzen an und verpflichtete sich, seine Armee zu verkleinern und auf bestimmte Waffenarten zu verzichten. Im Gegenzug dafür erlangte es endgültig seine vollständige Souveränität zurück.

Die Wiedervereinigung fand am 3. Oktober 1990 statt und löste eine ähnliche Begeisterung aus wie zuvor der Fall der Berliner Mauer. In der Praxis ähnelte sie aber mehr der Absorption eines schwächeren Partners durch die Bundesrepublik Deutschland. Zudem erreichte das Lebensniveau im östlichen

Teil des Staates – trotz enormer westlicher Investitionen – niemals den Lebensstandard des westlichen Teils. Die wachsende Enttäuschung und das Gefühl, Bürger zweiter Kategorie zu sein, ließ eine starke Sehnsucht nach der DDR (die so genannte „Ostalgie“) entstehen. Ähnliche Phänomene – einer sentimentalsten Einstellung zu stabilen Zeiten des Kommunismus – waren in den 1990er Jahren in allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Blocks zu erkennen. In Deutschland war das Phänomen aber am stärksten und am langlebigsten; in gewissem Maße besteht es bis heute fort.

FREIHEIT

Im Februar 1990 wurde in Breslau der erste private Fernsehsender „Echo“ gegründet. Bereits 1989 begannen in Polen die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ und die Wochenzeitschrift „Tygodnik Solidarność“ legal zu erscheinen. Kurz darauf kamen unabhängige Rundfunksender hinzu, und im April 1990 wurde die Zensur abgeschafft. Freie Medien konnten in der gesamten Region aufblühen. Einige Jahre später gingen die USA dazu über, nationale Redaktionen des Radios Freies Europa, die mehrere Jahrzehnte lang die Gesellschaften hinter dem Eisernen Vorhang mit unzensurierten Informationen versorgten, zu schließen. Man war zu dem Schluss gekommen, dass sie nicht mehr gebraucht würden.

Ähnliche Phänomene wie in den Medien ließen sich auch in den Bereichen Kultur und Wissenschaft beobachten. Das Ende der Zensur und der Wegfall ideologisch aufgezwungener Themen brachten die Experimentier- und Forschungsfreiheit mit sich. In Buchhandlungen waren nunmehr Bücher zu finden, die zuvor verboten gewesen waren, darunter auch Veröffentlichungen von im Exil tätigen Autoren. Nicht nur in der Tschechoslowakei wurden in Theatern Stücke des herausragenden Schriftstellers, langjährigen Dissidenten und politischen Gefangenen Václav Havel aufgeführt, der sich plötzlich in eine unerwartete Rolle – die des Staatspräsidenten – einfinden musste. Es stellte sich aber rasch heraus, dass sich Vertreter der Kultur und der Medien neuen Herausforderungen stellen müssen, vor allem der allgegenwärtigen Kommerzialisierung.

Ein Symbol für die kommunistische Unterdrückung war die nach sowjetischen Vorbildern aufgebaute Geheimpolizei. Als erste wurde bereits Ende 1989 die rumänische „Securitate“ aufgelöst, im Februar 1990 war die tschechoslowakische „Státní bezpečnost“ an der Reihe. Es folgten weitere Einheiten. Viele ehemalige Beamte setzten ihre Tätigkeit in neuen Strukturen fort, was in den darauffolgenden Jahren immer wieder für Kontroversen sorgte, ähnlich problematisch, wie es sich auch anhand der Entlarvung ehemaliger geheimer Mitarbeiter erwies. Parallel dazu wurden das Justizwesen sowie viele weitere Institutionen reformiert und an die Wirklichkeit des Rechtsstaates angepasst.

Zudem war 1990 der öffentliche Raum im Wandel begriffen. So verschwanden viele kommunistische Symbole, Denkmäler und Straßennamen. Der Prozess wurde freilich nicht abgeschlossen, und die damit verbundenen Probleme kehren auch heute zurück. Als ein Beispiel dafür kann der jüngste Streit um die Beseitigung eines Denkmals des sowjetischen Marschalls Iwan Konew in Prag gelten.

Am 11. Dezember 1990 wurde in Tirana das im Stadtzentrum stehende Denkmal des Diktators Enver Hoxha von einer Einwohnermenge gestürzt. Innerhalb weniger Wochen brach daraufhin das grausamste kommunistische System in Europa zusammen. Das Ausmaß früherer Repressionen, die Zerschlagung unabhängiger Eliten und die jahrelange Abschottung Albaniens bewirken, dass dieses Land bis heute am stärksten die Last des kommunistischen Erbes spürt.

* * *

Deutlich wurde im Jahr 1990, dass die Folgen der Ereignisse der vorangegangenen Monate viel tiefergreifender als zuvor angenommen sein würden. Andererseits wurde den Menschen in Ostmitteleuropa allmählich klar, dass der Kollaps des kommunistischen Systems sie vor viele Herausforderungen stellte, mit denen sie in den kommenden Jahren zu kämpfen haben würden.

Präsident Václav Havel kam darauf in seiner Neujahrsansprache zu sprechen: „Es stellte sich heraus, dass das Erbe der vergangenen Jahrzehnte, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, schlimmer ist, als wir in der freudigen Atmosphäre der ersten Wochen der Freiheit dachten und ahnen konnten. Jeden Tag tauchen neue Probleme auf, und wir sehen täglich, wie sie miteinander verflochten sind, wie langwierig deren Lösung ist und wie schwierig es ist, die richtige Reihenfolge zu bestimmen, in der sie gelöst werden sollten. Wir wussten, dass sich das Haus, das wir geerbt haben, nicht im besten Zustand befindet; der Putz fiel hier und da ab, das Dach sah verdächtig aus, Zweifel hatten wir noch hinsichtlich einer anderen Sache. Nach einem Jahr vorläufiger Arbeiten stellen wir geschockt fest, dass die Rohre durchgerostet sind, dass die Deckenbalken durchgefaut sind, dass die Elektroinstallation sich in einem katastrophalen Zustand befindet und dass der Umbau, den wir geplant und auf den wir uns gefreut haben, länger dauern und mehr kosten wird, als wir ursprünglich dachten. Es wird uns bewusst, dass das, was uns vor einem Jahr lediglich ein heruntergekommenes Haus zu sein schien, in Wirklichkeit eine Ruine ist.“

Zum Glück können wir heute, nach über dreißig Jahren, ruhig feststellen, dass der Wiederaufbau – trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge – mit einem Erfolg endete. Unser Haus ist nicht ideal, wir sehen viele Dinge, die zu reparieren sind. Es hängt aber nur von uns ab, wie es in Zukunft aussehen wird.

WORKSHOP

TRANSFORMATIONEN IN DER DDR 1989/90 UND DER WEG ZUR WIEDERVEREINIGUNG

DAUER

ca. 120 Minuten

SCHLAGWORTE

friedliche Revolution, Widerstand, Mauerfall, Demokratisierung, Wiedervereinigung

ZIELE

Die Schüler lernen verschiedene Aspekte der friedlichen Revolution von 1989 kennen. Sie können die Ziele der Demonstranten benennen und in die Situation der DDR im Jahr 1989 einordnen. Die Teilnehmer befassen sich mit den unterschiedlichen politischen Vorstellungen nach dem Mauerfall und können darstellen, warum es zur deutschen Einheit in ihrer spezifischen Form kam.

MATERIALIEN

Bilder, Texte, Originalquellen

METHODEN

Stummer Impuls, Textbearbeitung, Gruppenarbeit, Diskussion, Präsentation

TEIL 1: HINFÜHRUNG (STILLER IMPULS)

Der Lehrer zeigt das Bild von Demonstranten aus dem Jahr 1989 (Anhang 1) großformatig per Beamer oder als Poster. Die Schüler lassen das Bild auf sich wirken und können ihre spontanen Assoziationen äußern. Anschließend initiiert der Lehrer eine Diskussion zu folgenden Fragen:

1. Wer ist auf dem Bild zu sehen?
2. Was fordern die Demonstranten?
3. Wo und wann könnte es aufgenommen sein? (Versuch einer Einordnung)

TEIL 2: GRUPPENARBEIT

Der Lehrer teilt die Schüler in drei Gruppen ein. Jede Gruppe erhält einen Text und eine Originalquelle (Anhang 2). Die Schüler bearbeiten die Materialien anhand der jeweiligen Leitfragen und erstellen ein Poster oder eine Präsentation auf dem Whiteboard (Bearbeitungszeit: 45 Minuten).

TEIL 3: PRÄSENTATION

Jeder Gruppe stellt die Ergebnisse ihrer Arbeit dar (jeweils 5 Minuten).

Abschließend erstellen alle Teilnehmer einen Zeitstrahl der in den Gruppenarbeiten genannten Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 auf einem Poster oder dem Whiteboard.

Autor

Arndt Macheledt

ANHANG 1



Berlin, Oktober 1989 (Quelle Bundesarchiv; siehe online unter: <https://bit.ly/3AsdZVO>)

ANHANG 2 / GRUPPE 1

Frühjahr 1989: Unzufriedenheit

Lese den Text und die Quelle und erstelle eine kurze Präsentation anhand folgender Leitfragen:

1. Was waren wichtige Probleme für die Menschen in der DDR im Jahr 1989?
2. Warum war die Umweltverschmutzung ein wichtiges Thema?
3. Was passierte bei den Kommunalwahlen im Mai 1989?

TEXT

Unzufriedenheit

Die Wirtschaft der DDR stand Anfang der 1980er Jahre vor dem Zusammenbruch. Die Ziele des Fünfjahrplans 1981 bis 1985 konnten die Kombinate und volkseigenen Betriebe nicht erfüllen, sodass sie stillschweigend korrigiert werden mussten. Im Interesse des kurzfristigen Erfolges kürzte die Regierung den materiellen Aufwand und die Investitionen für die Forschung, wodurch die technologische Basis der Industrie immer mehr vernachlässigt wurde. Die steigenden Rohstoffkosten auf dem Weltmarkt mussten mit zusätzlichen Exporten vor allem von Konsumgütern, Maschinen und Ausrüstungen bezahlt werden. Diese wurden unter anderen Markennamen in den Versandhauskatalogen und Kaufhäusern Westdeutschlands zu Billigpreisen angeboten, während die eigene Bevölkerung auf sie verzichten musste.

Vor allem in den staatlichen Betrieben wuchs die Unzufriedenheit. Es fehlte an technischen Ausrüstungen, Ersatzteilen und Rohstoffen, sodass sich die Stillstandszeiten der Maschinen häuften. Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren miserabel und die Motivation der Beschäftigten näherte sich dem Nullpunkt. Es kam nun häufiger vor, dass Einkäufe von knappen Konsumgütern während der Arbeitszeit erledigt wurden. Immer öfter musste sich der Parteisekretär im Werk die Frage gefallen lassen, ob die Parteiführung überhaupt die reale Lage der Arbeiter kenne. Da sich viele Werke, wie zum Beispiel in der Chemieindustrie, in einem beklagenswerten Zustand befanden, häuften sich die Betriebsunfälle und Havarien. Im Chemiekombinat Bitterfeld herrschten Bedingungen, die die Gesundheit der Belegschaft akut gefährdeten. Die unkontrollierte Freisetzung von Schadstoffen und das Ignorieren von Grenzwerten belasteten die Umwelt. Dies führte zur Bildung von unabhängigen Natur- und Umweltschutzgruppen, insbesondere in den südlichen industriellen Ballungsgebieten der DDR.

Hinzu kam der Missmut über das nicht eingelöste Versprechen, im Gleichklang mit der internationalen Anerkennung der DDR die Reisefreiheit auszuweiten. In immer stärkerem Maße forderten DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit, das die DDR-Führung mit der Unterzeichnung der KSZE-Schluss-

akte von Helsinki 1975 offiziell anerkannt hatte. Es stieg die Zahl derjenigen, die einen „Antrag auf ständige Ausreise“ beim DDR-Innenministerium stellten. Hatten 1978 offiziell 11 287 Bürger eine Übersiedlung nach Westdeutschland bzw. West-Berlin beantragt; waren es 1984 schon 36 699. Daran konnten auch die Schikanen staatlicher Instanzen sowie örtlicher SED-Leitungen nichts ändern, die den Alltag vieler Ausreiseartragsteller erschwerten.

Wahlfälschung

Im Sommer und Herbst 1989 traten regimekritische Gruppen mit Reformforderungen an die Öffentlichkeit. Ausgangspunkt einer breiten Oppositionsbewegung waren die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, die unbeeindruckt von den Änderungen der Wahlgesetze in der Sowjetunion, Ungarn und Polen in Form der Einheitswahl, ohne Auswahlmöglichkeiten zwischen mehreren Kandidaten, stattgefunden hatten. Die Wahlergebnisse waren wie schon in den Vorjahren manipuliert worden, doch diesmal hatten Angehörige von Friedens- und Umweltgruppen vielerorts die Auszählung der Ergebnisse in den Wahllokalen beobachtet und erhoben den Vorwurf der „Wahlfälschung“. Die anschließenden zahlreichen Proteste und Eingaben an den Staatsratsvorsitzenden Honecker wurden von breiteren Bevölkerungskreisen bis hinein in die SED unterstützt und trugen dazu bei, die gesellschaftliche Isolation der oppositionellen Gruppen zu überwinden. Mit gestärktem Selbstvertrauen, mit neuen Initiativen und Organisationsformen stellten die Bürgerrechtler die Opposition auf ein breiteres Fundament.

Umweltverschmutzung

Glaubt man den offiziellen Darstellungen der SED-Führung, gibt es in der DDR bis 1989 keine gravierenden Umweltprobleme. Smog, Waldsterben und sauren Regen kennen die DDR-Bürger nur aus dem Westfernsehen. Doch es genügt ein Blick vor die eigene Haustür, ein Gang durch den Betrieb oder ein Ausflug ins Erzgebirge, um zu begreifen, dass die DDR-Regierung auch bei der Umweltzerstörung verschweigt, vertuscht und lügt.

Besonders erschreckend ist das Ausmaß der Zerstörung beim Uranbergbau und im Chemiedreieck Halle-Leipzig-Bitterfeld durch die Chemiewerke und den Kohleabbau. Verschmutzte Seen und Flüsse, kahle Wälder und Mondlandschaften sind die nicht zu übersehenden Folgen der desaströsen DDR-Wirtschaft.

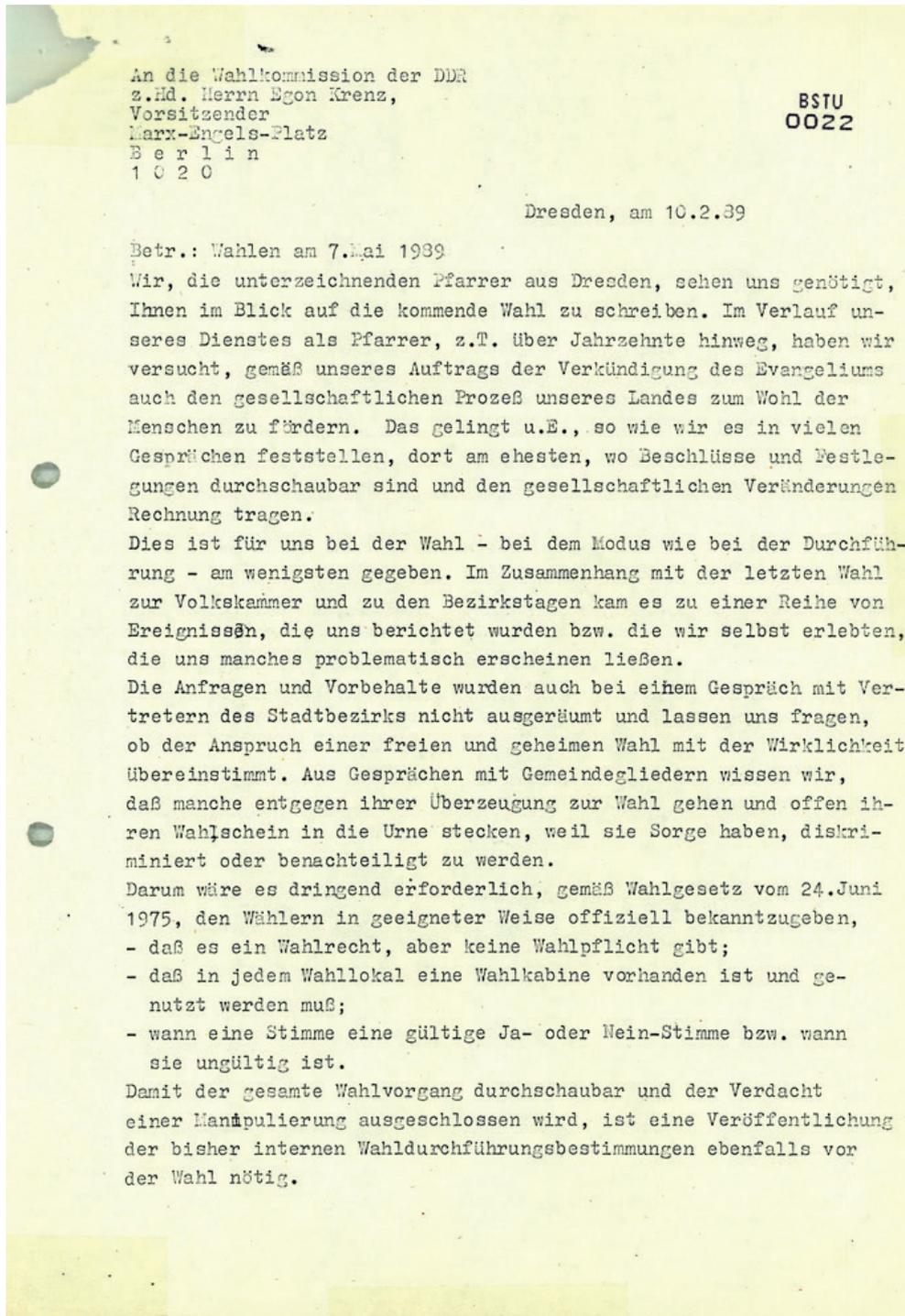
Die einzige offizielle Organisation in der DDR, die sich ansatzweise mit der Umwelt auseinandersetzt, ist die Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Mit staatlicher Förderung ausgestattet, beschränkt sich deren Arbeit aber auf die Pflege der wenigen Naturschutzgebiete, aufs Bestimmen von Schmetterlingen und das Zählen von Fröschen. Eine politische Dimension erlangt ihre Arbeit nicht, und Umweltprobleme werden hier bestenfalls in kleinem Kreis diskutiert. Vor diesem Hintergrund haben die Aktionen der DDR-Umweltbewegung vor allem zwei Ziele: die unhaltbaren Zustände öffentlich zu machen und Bürger zu aktivieren, selbst etwas für den Schutz ihrer Umwelt zu tun.

Innerhalb der Kirche etabliert sich eine eigenständige Umweltbewegung mit dem christlichen Motiv, die Schöpfung zu erhalten. Informations- und Dokumentationszentrum ist das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg, das Umweltaktivitäten koordiniert, systematisch Umweltprobleme

erforscht und in zahlreichen Publikationen Anleitungen zum Umweltschutz für die Aktivitäten kleinerer Gruppen im ganzen Land herausgibt.

Zu den häufigsten Aktionsformen der Gruppen gehören Demonstrationen, Fahrradkorsos, Ökologie-Seminare, Informationsveranstaltungen und nicht zuletzt der aktive Einsatz vor Ort, zum Beispiel bei einer Baumpflanzaktion. Immer ist es das Hauptziel, so viele Menschen wie möglich zu mobilisieren.

QUELLE



(Quelle: BStU; siehe online unter: <https://www.stasi-mediathek.de/medien/ingabe-von-dresdner-pfarrern-an-egon-krenz/blatt/20/>)

ANHANG 2 / GRUPPE 2

Herbst 1989: Protest und Revolution

Lese den Text und die Quelle und erstelle eine kurze Präsentation anhand folgender Leitfragen:

1. Warum spricht man von einer „friedlichen Revolution“ im Jahr 1989?
2. Was waren die wichtigsten Forderungen der Menschen?
3. Was war das „Neue Forum“?

TEXT

Unter „Revolution“ versteht man oft ein gewaltsames Aufbegehren von Teilen der Bevölkerung gegen die Staatsmacht. Es gibt jedoch auch Beispiele für eine friedliche Revolution. Davon spricht man zum Beispiel, wenn man an das Ende der DDR denkt. Im Jahr 1989 gingen viele Bürgerinnen und Bürger in Leipzig und anderen Städten der damaligen DDR auf die Straße und demonstrierten. Sie forderten mehr Freiheiten und riefen: „Wir sind das Volk“. Damit forderten die Demonstranten die Regierung zwar heraus, aber die Proteste blieben gewaltfrei. Dieser friedliche Protest der Menschen führte schließlich zum Ende der DDR und später zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die SED-Führung sah sich im Herbst 1989 nicht nur einer zunehmend breiter werdenden oppositionellen Bewegung gegenüber. Vor allem in Leipzig beteiligten sich nach den montäglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche trotz verstärkten Einsatzes von Polizei sowie Angehörigen der Staatssicherheit, trotz Festnahmen und Verurteilungen wegen „Zusammenrottung“ immer mehr Menschen an Demonstrationen. Waren es zunächst Hunderte, die Reise-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit forderten, so gingen bald Tausende für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf die Straße. Bereits am 2. Oktober demonstrierten mehr als 20 000 Menschen in der Leipziger Innenstadt. Am 9. Oktober 1989 waren es trotz angedrohter militärischer Gewalt durch aufmarschierende Sicherheitskräfte 70 000 Menschen. Sie skandierten: „Wir sind das Volk“. Mehr als 120 000 Menschen beteiligten sich dann am 16. Oktober in Leipzig an der bis dahin größten Demonstration für Reformen und demokratische Erneuerung in der DDR. Nach Friedensgebeten in den evangelischen Kirchen zogen sie, diesmal unbehelligt durch die Sicherheitskräfte, erstmals auch mit Transparenten und Plakaten in großer Zahl durch die Innenstadt. Auf diesen forderten sie „Freie Wahlen“, „Pressefreiheit“, „Meinungsfreiheit“, „Neue Männer braucht das Land“, „Die Mauer muß weg“, „Ökologie statt Ökonomie“, „Zivildienst ist ein Menschenrecht“. Spätestens jetzt hatte begonnen, was als „friedliche Revolution“ in der DDR in die Geschichte eingehen sollte.

Honeckers Auftritt auf der offiziellen Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Berliner „Palast der Republik“ am 6. Oktober 1989 zeigte vor allem einen alten Mann, der nicht gewillt war,

Veränderungen in Staat und Gesellschaft zuzulassen. Angesichts dieses Starrsinns und um die Macht der SED zu retten, zwang eine Mehrheit von Mitgliedern des SED-Politbüros Honecker, am 18. Oktober 1989 vor einem eilig einberufenen ZK Plenum aus „gesundheitlichen Gründen“ seinen Rücktritt zu erklären. Anschließend wählte das Zentralkomitee der Partei Egon Krenz zum neuen Parteichef. Er war seit 1983 Mitglied des Politbüros und galt als Kronprinz Honeckers. Am 24. Oktober 1989 wählte ihn die Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

Der Nachfolger Honeckers gab zwar mit seinem Begriff von der „Wende“ zu verstehen, dass sich die SED-Führung nun um Kurskorrekturen bemühen würde. Eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft und Reformen in Politik und Staat standen jedoch nicht auf der politischen Agenda. Die Menschen auf den Straßen der DDR aber forderten einen sofortigen und deutlichen Bruch mit der bisherigen Politik und denen, die für sie verantwortlich waren. So wurde die SED-Führung von den Ereignissen, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit bestimmt wurden, überrollt. Denn zur gleichen Zeit gingen die Demonstrationen im ganzen Land weiter, erfassten neben den Bezirks- und Großstädten auch Mittel- und Kleinstädte und nahmen an Teilnehmerzahlen und Intensität zu. An manchen Tagen demonstrierten in der gesamten DDR mehrere hunderttausend Menschen. Die meisten Teilnehmer verzeichneten die Montagsdemonstrationen in Leipzig, wo sich am 30. Oktober wieder rund 200 000 Menschen beteiligten.

Währenddessen hielt die Massenabwanderung von DDR-Bürgern weiter an. Nachdem die DDR den pass- und visafreien Verkehr mit der CSSR am 1. November wieder zugelassen hatte, setzte erneut der Ansturm von Ausreisewilligen auf die Bonner Botschaft in Prag ein. Am 3. November öffnete die CSSR ihre Grenze zur Bundesrepublik für DDR-Bürger, woraufhin allein vom 4. bis zum 6. November mehr als 23 500 Menschen die DDR über die CSSR verließen. Unter dem Druck der Ereignisse legte die Regierung der DDR am 9. November 1989 eine vorgezogene Ausreiseregulation vor, die bis zum Inkrafttreten eines neuen Reisegesetzes gelten sollte. Diese „zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland“ bedeutete faktisch die Einführung der allgemeinen Reisefreiheit, die zuvor auf den Massendemonstrationen gefordert worden war. Als das Politbüromitglied Günter Schabowski dies während einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November bekannt gegeben hatte, strömten hunderttausende Menschen noch in der Nacht zum 10. November über die offiziellen Grenzübergangsstellen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. Die Bilder der tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer wurden im Ausland nicht nur als Ausdruck für den starken Veränderungswillen der Ostdeutschen wahrgenommen, sondern auch als Symbol für den Zusammenbruch des Sozialismus und das Ende des Kalten Krieges.

QUELLE

Neues Forum / Aufbruch 89

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Beleg dafür ist die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung, Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein. Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übel gelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit. In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreise sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und sonst die ihm wichtigen Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf ihre Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir die sozialen und ökologischen Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Erwartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Neuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen freie und selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein, ohne einen Staat von Spitzeln und Bütteln ertragen zu müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Drückerposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden, aber niemand soll auf Kosten anderer krankfeiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilnehmen, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden. Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine und Sonderinteressen zu unterschreiben, bedarf es eines demokratischen Dialoges über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Frage müssen wir in aller Öffentlichkeit gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, daß eine größere Auswahl an Menschen an gesellschaftlichen Reformprozessen mitwirkt und die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln zusammenfinden. Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es den Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung existentieller Gesellschaftsprobleme in diesem Lande zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen „Neues Forum“. Die Tätigkeit des Neuen Forums werden wir auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir berufen uns hierbei auf das im Artikel 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der Verordnung vom

6.11.1975 über die Gründung und die Tätigkeit von Vereinen (GBL. I Nr. 44, S. 723) anmelden. Alle Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des Neuen Forums zu werden. Die Zeit ist reif!

(Quelle: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/dokument-aufbruch-89.html>)

ANHANG 2 / GRUPPE 3

1990: Transformation und Wiedervereinigung

Lese den Text und die Quelle und erstelle eine kurze Präsentation anhand folgender Leitfragen:

1. Warum wurde aus der Forderung „Wir sind das Volk“ im Jahr 1990 „Wir sind ein Volk“?
2. Was waren die wichtigsten Ziele der neu gewählten, demokratischen Regierung der DDR im Jahr 1990?
3. Was bedeutet die Entwicklung des Jahres 1990 für die großen Betriebe und deren Arbeiter in der DDR?

TEXT

Der Weg zur deutschen Einheit

Bereits zum Jahresende 1989 wurden die ersten Weichen gestellt, um die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Am 28. November hatte Bundeskanzler Helmut Kohl ein Zehnpunkteprogramm verkündet, das als Ziel der Politik der Bundesregierung die staatliche Einheit in konföderativen Strukturen nannte. Am 1. Februar 1990 legte der Regierungschef der DDR, Hans Modrow, auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin sein Konzept „Deutschland, einig Vaterland“ vor. Eine endgültige Lösung der deutschen Frage könne nur in freier Selbstbestimmung der Deutschen in beiden Staaten erreicht werden, in Zusammenarbeit mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und unter Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten. Fraglich war indes, wie die Sowjetunion und das westliche Bündnis auf die deutschlandpolitischen Initiativen reagieren würden.

Auf der Seite des Westens befürworteten zunächst nur die USA die Vereinigungspläne, während Frankreich und Großbritannien sich gegen eine Veränderung des Status quo in Europa sträubten. Sie befürchteten, eine künftige Dominanz des wiedervereinigten Deutschlands könnte das europäische Gleichgewicht stören. Doch Ende Februar 1990 hatten auch London und Paris erkannt, dass der innere Einigungsprozess Deutschlands nicht aufzuhalten war, verlangten aber die Einbindung des vereinigten Deutschlands in die NATO, um ihren sicherheitspolitischen Interessen zu entsprechen. Während seiner Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 15. und 16. Juli 1990 in Moskau und in seinem Jagdhaus im Kaukasus gab Gorbatschow schließlich sein Einverständnis zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands im westlichen Militärbündnis. Damit war der Weg frei für die so genannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen den westlichen Bündnispartnern, der Sowjetunion und den Regierungschefs der DDR und der Bundesrepublik, in denen die konkreten Modalitäten der deutschen Einheit vereinbart wurden.

Freie Wahlen 1990

Der Wahlkampf zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 machte die ungebremste Sogkraft der Bundesrepublik sichtbar. Die Stimmung in der Bevölkerung sprach inzwischen gegen

eine reformierte DDR und für eine rasche Vereinigung mit dem westlichen Nachbarn. Deutlich wurde dies im Wandel der Losungen: Aus "Wir sind das Volk" wurde "Wir sind ein Volk". Die SPD, der Bund Freier Demokraten und vor allem das Wahlbündnis "Allianz für Deutschland", in dem sich die CDU mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der Partei "Demokratischer Aufbruch" zusammengefunden hatte, konnten sich auf massive Wahlhilfe ihrer Partner in der Bundesrepublik stützen. So beherrschte die westliche Parteiprominenz weithin den Wahlkampf in der DDR. Die ersten freien Wahlen seit 1946 gewann das konservative Bündnis "Allianz für Deutschland" mit 47,8 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 93,4 Prozent eine später nie wieder erzielte Höhe. Die SPD kam auf knappe 22 Prozent – ein Ergebnis, das weit unter ihren Erwartungen lag. Die PDS erreichte als drittstärkste politische Kraft 16,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Liberalen erzielten etwas mehr als fünf Prozent. Enttäuschend war das Ergebnis für die Bürgerbewegungen "Neues Forum", "Initiative Frieden und Menschenrechte" und "Demokratie Jetzt", die sich im "Bündnis 90" zusammengeschlossen hatten: Sie kamen auf nur 2,9 Prozent. In der programmatisch vielschichtigen Bürgerbewegung glaubten nicht wenige noch immer an die Reformierbarkeit der DDR, was in der Bevölkerung allerdings nicht mehr populär war. Zudem waren sie im Wahlkampf beträchtlich benachteiligt, da ihnen im Unterschied zu den großen Parteien kein funktionierender Apparat (Presse, Gebäude, Druckereien) zur Verfügung stand. Die Parteien der "Allianz für Deutschland", die SPD und der Bund Freier Demokraten bildeten eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU).

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Transformation der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft wurde von Hoffnungen begleitet, die sich alsbald als illusionär erwiesen. Ursprünglich war vermutet worden, dass die Wiedervereinigung und die Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft sich wechselseitig verstärken würden. Diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Stattdessen folgte auf die politische Integration beider Staaten der wirtschaftliche Zusammenbruch in Ostdeutschland. In den Beschäftigungsstrukturen der ost- und westdeutschen Industrie vor und nach der Wende spiegelt sich ein dramatischer Wandel wider: die Abwicklung der DDR-Planwirtschaft und die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Innerhalb von zwei Jahren schrumpften Großbetriebe überwiegend zu kleinen und mittelgroßen Unternehmen – falls es sie überhaupt noch gab. In den 1980er Jahren arbeiteten die meisten Beschäftigten in der DDR in Großbetrieben mit mehr als 1.000 Mitarbeitern. Im industriellen Sektor war der Anteil von Personen in Großbetrieben im Vergleich zur Bundesrepublik ungefähr doppelt so groß (75,7 Prozent verglichen mit 39,3 Prozent). Dies hing mit der Wirtschaftsstruktur in der DDR zusammen, in der große Kombinate eine beherrschende Stellung einnahmen. Seit 1978 waren diese Kombinate – ähnlich wie westliche Konzerne – als betriebliche Zusammenschlüsse, hier Volkseigene Betriebe (VEB), entstanden. Damit verband sich die Hoffnung, dass die Betriebe innerhalb einer Branche effektiver arbeiten könnten. 1989 gab es 173 zentralgeleitete Kombinate und weitere 259, die auf der Ebene der DDR-Bezirke geführt wurden. Politische Versuche, diese Strukturen im geeinten Deutschland zu erhalten, scheiterten schon frühzeitig. Bis Juni 1990 hatten sich ca. 200 Kombinate selbst aufgelöst und die VEB in Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt. Am 1. Juli 1990 nahm die Treuhandanstalt (THA) ihre Arbeit auf, um volkseigene Vermögenswerte zu privatisieren. Die Kombinate wurden zunächst in einzelne Betriebe zerlegt. Dies geschah, um überlebensfähige Firmen von nicht rentablen Betriebsteilen zu trennen. In einem zweiten Schritt wurden die Großbetriebe durch Entlassungen von Teilen der Belegschaften auf kleine bzw. mittelgroße Betriebe reduziert, um sie überhaupt für potenzielle Käufer interessant zu machen.

QUELLE

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière – abgegeben vor der Volkskammer der DDR am 19. April 1990

Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Abgeordnete!

Die Erneuerung unserer Gesellschaft stand unter dem Ruf "Wir sind das Volk!". Das Volk ist sich seiner selbst bewusst geworden. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten haben sich die Menschen in der DDR als Volk konstituiert. Die Wahlen, aus denen dieses Parlament hervorgegangen ist, waren Wahlen des Volkes. Zum ersten Mal trägt die Volkskammer ihren Namen zu Recht.

Und aus dem Ruf "Wir sind das Volk!" erwuchs der Ruf "Wir sind ein Volk!". Das Volk in der DDR konstituierte sich als Teil eines Volkes, als Teil des einen deutschen Volkes, das wieder zusammenwachsen soll. Unsere Wähler haben diesem ihrem politischen Willen in den Wahlen vom 18. März deutlich Ausdruck verliehen. Dieser Wille verpflichtet uns. Ihn so gut wie nur möglich zu erfüllen, ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Der Neuanfang unserer Gesellschaft ist ein zutiefst demokratischer Neuanfang. Wir haben einen demokratischen Auftrag. Den haben uns die Bürger der DDR gegeben und niemand sonst. Wir haben das erste freigewählte Parlament und die erste freigewählte Regierung seit zwei Generationen. Und es ist eine breite Mehrheit des Parlaments und der Wähler, auf die sich die Koalition stützt.

Alle politischen Kräfte in Europa nehmen heute teil an dem Prozess der Einigung Deutschlands. Wir vertreten in ihm die Interessen der Bürger der DDR. Das Ja zur Einheit ist gesprochen. Über den Weg dahin werden wir ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

Der Neuanfang unserer Gesellschaft soll auch ein ehrlicher Neuanfang sein: In dem großen historischen Prozess unserer Befreiung haben wir einem Politiker die wirksame Bündelung vieler positiver Impulse besonders zu verdanken: Michail Gorbatschow. Wir ahnen die schwere Last, die er in der Sowjetunion zu tragen hat. Wir bitten die Bürger der Sowjetunion, die Politik der DDR und ihr Streben nach der Einheit Deutschlands nicht als bedrohlich anzusehen. Wir sind uns unserer historischen Schuld gegenüber der Sowjetunion bewusst, und wir möchten als freier Staat mit einer Sowjetunion, in der das neue Denken gesiegt hat, freundschaftlich zusammenarbeiten. Glasnost und Perestrojka haben der Welt neue, lange Zeit nicht für möglich gehaltene historische Horizonte erschlossen. Sie förderten auch in der DDR eine Bürgerbewegung, die alle gesellschaftlichen Sektoren erfasste.

Eine entscheidende Kraft dieses Prozesses waren die neuen demokratischen Gruppen, in denen sich Menschen zusammenfanden, die die Fesseln der Vergangenheit sprengten. Die Träger der friedlichen Revolution im Herbst 1989 verdienen einen herausragenden Platz in der deutschen Geschichte. Das sollte in diesem Hause stets gegenwärtig und lebendig bleiben.

[...]

Es geht um vier Dinge:

– die Freiheit des Andersdenkenden,

- Gerechtigkeit für alle,
- Frieden als Gestaltungsaufgabe nach innen und außen,
- Verantwortung für das Leben in allen seinen Gestalten.

Diese Werte zeigen die Richtung, die ich – und ich denke, wir alle – einschlagen wollen.

Dabei geben wir uns nicht der Illusion hin, dass diese neue Ordnung der Freiheit, der Demokratie und des Rechts eine mühelos zu bewältigende Aufgabe wäre. Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass diese neue Ordnung und der Übergang zu ihr keine politisch-ethischen Qualitäten mehr benötigten. Im Gegenteil! Dort, wo wir uns an Bevormundung und Passivität gewöhnt hatten, werden wir gesellschaftlich erwachsen werden müssen. Selbstbestimmt und aktiv. Das gilt für jeden Bürger, das gilt auch für das Parlament und die Regierung und für das gesamte gesellschaftliche Leben.

[Quelle: <https://bit.ly/3hrXujG>]

DIE AUTOREN

ŁUKASZ KAMIŃSKI

Dr., Historiker, wiss. Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Breslau. Präsident des Instituts für Nationales Gedenken in den Jahren 2011-2016, Präsident der Plattform für Europäisches Gedächtnis und Gewissen sowie Präsident und Gründer des Instituts Paweł Włodkowiec.

ARNDT MACHELEDT

Historiker, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der Point Alpha Stiftung, Bildungsreferent der Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V.